



Landratsamt Waldshut
- Amt für öffentliche Ordnung und Ausländerwesen -
Kaiserstraße 110
79761 Waldshut-Tiengen

Eingang: _____

falls Kautions - VE

PK-Nr.: _____

Abgabe einer Verpflichtungserklärung

I. Angaben zum Gastgeber

1.1	Familienname	
1.2	Vorname	
1.3	Geburtstag	
1.4	Geburtsort	
1.5	Straße und Hausnummer Postleitzahl und Ort	
1.6	Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/>
1.7	Ausweisdokument Ausweisnummer	<input type="checkbox"/> Ausländischer Pass
		<input type="checkbox"/> Reisepass
		<input type="checkbox"/> Personalausweis
1.8	Bei Ausländern: Aufenthaltstitel	<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis
		<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis bis:
		<input type="checkbox"/>
1.9	Personen im Haushalt	
1.10	Telefon (Angabe freiwillig)	
	Email (Angabe freiwillig)	
1.11	Grund für die Abgabe der Verpflichtungserklärung	<input type="checkbox"/> Besuchsaufenthalt
		<input type="checkbox"/> Beantragung eines Visums zur Familienzusammenführung
		<input type="checkbox"/>

II. Angaben zum Gast

2.1	Familienname	
2.2	Vorname	
2.3	Geburtstag	
2.4	Geburtsort	
2.5	Staatsangehörigkeit	
2.6	Adresse des Besuchers im Ausland	
2.7	Reisepass (Falls möglich bitte Kopie beifügen)	Nr.:
2.8	Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller (Gastgeber)	
2.9	Datum der beabsichtigten Einreise	
2.10	Besuchszeitraum / Dauer	
2.11	Sitz der deutschen Botschaft	

III. Angaben zu weiteren Besuchern

3.1 Ehegatte

3.1.1 Name, Vorname	
3.1.2 Geb.-Datum und -Ort	
3.1.3 Reisepass <small>(Falls möglich bitte Kopie beifügen)</small>	Nr.:

3.2. 1. Kind (Für weitere **volljährige** Personen bitte extra Antrag ausfüllen)

3.2.1 Name, Vorname	
3.2.2 Geb.-Datum und Geschlecht	

3.3 2. Kind

3.3.1 Name, Vorname	
3.3.2 Geb.-Datum und Geschlecht	

3.4 3. Kind

3.4.1 Name, Vorname	
3.4.2 Geb.-Datum und Geschlecht	

3.5 4. Kind

3.5.1 Name, Vorname	
3.5.2 Geb.-Datum und Geschlecht	

IV. sonstige Angaben

4.1 Ich habe bereits früher einmal eine Verpflichtungserklärung für einen Besuchsaufenthalt abgegeben	<input type="checkbox"/> nein
	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar im Jahre
4.2 Der von mir eingeladene Besuch war bereits früher einmal in Deutschland	<input type="checkbox"/> nein
	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar im Jahre
4.3 Der von mir eingeladene Besuch wohnt bei:	<input type="checkbox"/> mir/uns
	<input type="checkbox"/> unter dieser Adresse:
4.4 Ich bestreite meinen Lebensunterhalt aus folgendem Einkommen:	<input type="checkbox"/> Selbstständig
	<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer
	<input type="checkbox"/> Rentner
4.5 Bei Hinterlegung einer Kautions-Rückzahlung soll auf folgendes deutsches Konto erfolgen:	BIC:
	IBAN:
	Kontoinhaber

**Erklärung des Verpflichtungserklärenden vor der ABH / AV
zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

vom:

Nr.:

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt eines Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat, im Hotel oder in einer durch öffentlich-rechtlichen Träger gestellten Unterkunft) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungserklärende hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Das Vorliegen ausreichenden Krankenversicherungsschutzes wird unabhängig von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Visumverfahrens geprüft und ist eine Voraussetzung für die Visumerteilung.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den Aufenthaltszeitraum von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Einreise oder bei bereits im Bundesgebiet aufhältigen Ausländern ab Erteilung des Aufenthaltstitels im Bundesgebiet und schließt auch Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts ein.

Die Verpflichtung endet vor Ablauf von fünf Jahren mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer

Aufenthaltstitel erteilt wurde. Die Verpflichtung erlischt nicht vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren, wenn ein Asylverfahren angestrengt wird. Dies gilt auch dann, wenn das Asylverfahren mit der Asylanerkennung, der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes positiv abgeschlossen bzw. wenn ein Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Kapitels 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wird.

Für Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen (vgl. § 66 Abs. 1 AufenthG), haftet der Verpflichtungserklärende zeitlich unbegrenzt.

3. Vollstreckbarkeit

Für die aufgewendeten öffentlichen Mittel besteht ein öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. Dieser wird durch Leistungsbescheid geltend gemacht. Der Erstattungsanspruch kann im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nummer 2 lit. g AufenthV und ggf. Art. 9 Nr. 4 lit. f) i.V.m. Art. 23 Abs. 1 VIS-VO gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass zusätzlich zur Vorlage des Originals eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift des sich Verpflichtenden:

Datum,

Name, Vorname

Arbeitgeber

PLZ, Ort, Datum

Landratsamt Waldshut
Amt für öffentliche Ordnung
und Ausländerwesen
Kaiserstr. 110

79761 Waldshut-Tiengen

**Arbeitgeberbescheinigung
zur Vorlage bei der Ausländerbehörde**

Name, Vorname: _____
Geburtsdatum: _____ Staatsangehörigkeit: _____
Familienstand: ledig verheiratet geschieden verwitwet
Wohnanschrift _____

Der genannte Arbeitnehmer ist bei mir / uns beschäftigt seit: _____

als: _____ (Art der Tätigkeit)

Das Arbeitsverhältnis ist

unbefristet befristet bis _____ gekündigt seit _____

Bei dem Beschäftigungsverhältnis handelt es sich um

- eine Vollzeitbeschäftigung
 eine Teilzeitbeschäftigung mit _____ Stunden wöchentliche Arbeitszeit.
 eine geringfügige Beschäftigung mit _____ Stunden wöchentliche Arbeitszeit.

Das Arbeitsentgelt beträgt:

wöchentlich _____ Euro / Netto
 monatlich _____ Euro / Netto

Krankenversicherung besteht bei: _____

Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird bestätigt:

Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers